

**Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen**

Brüssel Aktuell 33/2007

(23. - 30.11.2007)

Finger weg von unseren Privilegien!

Bereits im Mittelalter wussten selbstbewusste Stadtbere ihre oftmals hart erkämpften Privilegien vor dem Machtzugriff der Landesfürsten zu verteidigen. Im Rahmen der diesjährigen gemeinsamen Herbstveranstaltung des Europabüros des Deutschen Städte- und Gemeindbundes (DStGB) und der Bürogemeinschaft der bayerischen, baden-württembergischen und sächsischen Kommunen bewies dies Prof. Dr. Michael Limberger von der Katholischen Universität Brüssel. Er referierte vor 60 geladenen Gästen über „Die Rolle der städtischen Autonomie in den alten Niederlanden vom Mittelalter bis zur französischen Revolution“. Thomas Kübler, Archivdirektor der Stadt Dresden, überbrachte ein Grußwort aus der sächsischen Landeshauptstadt.

„In den ‚alten‘ Niederlanden ist es auf in Europa einzigartige Weise gelungen, die städtische Autonomie ausgehend vom Mittelalter bis hin zur französischen Revolution zu erhalten“, so die Quintessenz des Vortrages von Prof. Dr. Limberger. Seine Ausführungen bewegten sich in einem geographischen Raum, der zunächst die politische Einheit aus dem heutigen Belgien sowie den Niederlanden, seit dem Ende des 16. Jahrhunderts die Niederländische Republik und die Spanischen Niederlande, umfasste. Begünstigt durch die „Schwächung der Territorialstaaten seit dem Fall des Römischen Reiches“ entwickelten sich die Städte in den alten Niederlanden allmählich zu Machtzentren, in denen sich durch die Übertragung von Befugnissen hinsichtlich Rechtsprechung und Verwaltung im 12. Jahrhundert das Prinzip der Selbstverwaltung etablierte. Gleichzeitig boten die Städte den damaligen Fürsten politische und finanzielle Unterstützung, wodurch weiterreichende Privilegien erworben und der Grad der Autonomie gesteigert werden konnte. In Flandern wurden die Städte zur führenden politischen Macht, ebenso im benachbarten Brabant. Um ihre Privilegien zu erhalten, sahen sich die Stadtverwaltungen immer wieder Verhandlungen und Konflikten mit den Landesherren ausgesetzt, was ihnen den Begriff „bargaining cities“ (= Verhandlerstädte) eintrug.

Laut Prof. Limberger begann im 15./16. Jahrhundert ein Prozess der Staatsbildung, der durch die Zentralisierungsbestrebungen der Burgunderherzöge seit 1430 forciert und später durch die Politik Karls V. fortgesetzt wurde. Dennoch gelang es den Städten, eine dominante Rolle beizubehalten, vor allem in der Niederländischen Republik, die Limberger als einen „von Städten beherrschten Bund“ bezeichnet. Aber auch in Brabant herrschte weiterhin eine große Autonomie, die sich unter anderem im Mitsprache- und Vetorecht der Bürgerschaften in den Standesversammlungen niederschlug. Die französische Revolution schließlich markierte das Ende der städtischen Autonomie in den Niederlanden- dennoch, das Phänomen der kommunalen Selbstverwaltung, auch außerhalb der Niederlande, und die Rolle der städtischen Institutionen werden heute als wesentliche Faktoren für die europäische Entwicklung angesehen, die sich auch in aktuellen Diskussionen widerspiegelt. Historisch gesehen mögen zwar einige Jahrhunderte zwischen damaligen Gegebenheiten in den Niederlanden und den heutigen Interessen kommunaler Vertreter verschiedenster Mitgliedsländer in Europa liegen - der Ausruf „Finger weg von unseren Privilegien!“ spricht aber sicherlich damals wie heute so manchem kommunalen Vertreter aus der Seele.

Die Bürogemeinschaft und das Europabüro des DStGB rufen sich mit dieser Veranstaltungsreihe sowie durch die im Anschluss geführten Gespräche mit der Brüsseler Regional-, Kommunal- sowie „Entscheider“-Szene ins tagespolitische Gedächtnis der Hauptstadt Europas. Der Vortrag Prof. Limbergers und das Grußwort Herrn Küblers sind in Kürze unter <http://www.ebbk.de/veranstaltungen> sowie www.europabuero-bw.de/aktuelles abrufbar. (Pr/Kl)